

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,
zunächst – und das meine ich ausdrücklich so – ein klares und aufrichtiges
Dankeschön an unsere Verwaltung. Ein Haushaltswerk mit über 875 Seiten ist kein
Routineprodukt. Es ist das Ergebnis monatelanger Detailarbeit, fachlicher
Abstimmungen, rechtlicher Prüfungen und strategischer Abwägungen. Die
Systematik, die Transparenz, die Nachvollziehbarkeit – all das zeigt: Hier wird
professionell gearbeitet.

Der Kreis Coesfeld hat in den vergangenen Jahren – im Vergleich zu vielen anderen
Kreisen – solide gewirtschaftet. Auch das ist anzuerkennen. Wir stehen strukturell
besser da als zahlreiche Gebietskörperschaften in NRW. Aber nicht nur aus eigener
Kraft – unsere Bevölkerungsstruktur ist eine andere als z.B. im Ruhrgebiet. Auch der
Haushalt 2026 ist mit Weitsicht vorbereitet worden. Dafür gebührt der Verwaltung
Respekt.

Aber – und das ist der entscheidende Punkt:

Ein handwerklich gut gemachter Haushalt ist noch kein strukturell gesunder
Haushalt.

Unser Ziel ist eine bilanzielle Stabilität

Der Gesamtaufwand liegt bei rund 593 Millionen Euro. Das strukturelle Defizit wird
durch Rücklagen gedeckt. Gleichzeitig sind rund 35 Millionen Euro neue Kredite
vorgesehen.

Das ist kein Ausgleich aus eigener Kraft. Das ist ausschließlich ein rechnerischer
Ausgleich.

Rücklagen sind endlich. Kredite und Ausfallbürgschaften sind Belastungen der
Zukunft.

Wenn wir ehrlich sind, dann wird Stabilität zunehmend aus Substanz und
Verschuldung finanziert. Und das in einem Umfeld: steigender Sozialausgaben,
steigender Personalkosten, steigender Umlagebelastung, steigender Zinsrisiken.
Wir sprechen hier nicht von Nachhaltigkeit, sondern von einem Betrieb am
strukturellen Limit.

Das strukturelle Grundproblem liegt aber woanders: Wir zahlen, andere entscheiden!
Ein erheblicher Teil unserer Ausgaben entsteht nicht durch politische Beschlüsse
dieses Kreistages, sondern durch: Bundesgesetze, Landesvorgaben,

Rechtsansprüche, ständig steigende Standards. Der Kreis ist in weiten Teilen Vollzugsorgan. Die Steuerung liegt oben. Die Rechnung unten.

Und „unten“ heißt: beim Kreis, den Städten und Gemeinden. BEIM Bürger; BEIM Leistungsträger der Gesellschaft.

Dieses Prinzip des finanziellen Durchreichens nach unten ist längst kein ausgewogener Föderalismus mehr – es ist eine strukturelle Überforderung der kommunalen Ebene.

Und WIR, als Alternative f. Deutschland haben den Mut, das klar zu benennen. Wir fordern, dass Leistungen, die auf Gesetze des Bundes fußen oder Landesvorgaben betreffen, von diesen vollumfänglich übernommen werden!

Nehmen wir den besonders kostenintensiven Bereich des SGB II – eine wachsende Belastung

Die Transferleistungen, die Integrationsaufwände, die Verwaltungsstruktur – all das bindet erhebliche Mittel. Und ja, wir müssen hier nüchtern feststellen:

Ohne die hohen Leistungen für Zugereiste stünde der Kreis Coesfeld finanziell deutlich stabiler da. Das ist keine Bewertung von Menschen. Das ist eine rein finanzielle Feststellung.

Die Ausgaben steigen. Die Fallzahlen steigen. Die Integrationskosten steigen. Bund und Land leisten Zuschüsse – aber sie gleichen die tatsächlichen Belastungen nicht vollständig aus.

Und selbst diese Mittel, da machen wir uns doch bitte nichts vor, sind keine „kostenfreien“ Gelder. Sie stammen aus Steuern oder aus Schulden. Die Rechnung verschwindet nicht – sie wird nur verschoben.

Aber und auch das müssen wir ansprechen, wächst der freiwillige Bereich weiter

Hier kommt der Punkt, an dem wir selbst Verantwortung tragen. Trotz dieser angespannten Struktur leisten wir uns: neue Programme, neue Strategien, neue Netzwerke, neue Beteiligungsformate, neue Stabsstellen, neue Projektförderungen. Jeder einzelne Posten für sich betrachtet, mag begründbar sein. Aber in der Summe entsteht ein struktureller Kostenblock.

Aber eines möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich betonen: Wir sind nicht grundsätzlich gegen freiwillige Leistungen. Im Gegenteil – wir setzen Prioritäten. Wir

stellen jedoch infrage, ob wir Mittel in Bereichen binden sollten, die aus unserer Sicht keinen nachhaltigen Mehrwert erzeugen – etwa Sprach- und Integrationsprogramme für nicht bleibeberechtigte Personengruppen. Wenn gespart werden muss, dann nicht bei unseren eigenen Kindern und Familien.

Wir fordern eine stärkere Unterstützung und Förderung von Bildung und Betreuung aller Kinder – unabhängig vom SGB-II-Bezug. Wer von Chancengerechtigkeit spricht, darf nicht selektiv fördern. Bildung und Familie sind Kernbereiche der Zukunftssicherung – ideologisch motivierte Zusatzprogramme hingegen nicht.

Und auch das gehört zur Wahrheit: Jedes neue Projekt bedeutet: Personalbindung, dauerhafte Sachkosten, Folgeaufwand, Erwartungshaltungen, politische Verstetigung. Programme kommen nie allein. Sie bringen Strukturen mit. Und Strukturen verschwinden nicht mehr.

Der Kreis ist keine politische Projektfläche. Der Kreis ist: kein gesellschaftspolitisches Labor, keine Dauerförderagentur, kein Strategieinstitut, keine Kampagnenplattform. Der Kreis ist Verwaltung. Und Verwaltung hat einen klar definierten Auftrag: Recht vollziehen, Pflichtaufgaben erfüllen, Daseinsvorsorge sichern, Sicherheit gewährleisten. Alles darüber hinaus ist politischer Zusatz. Und politischer Zusatz ist in Zeiten struktureller Defizite das Erste, was auf den Prüfstand gehört. Wo liegt aus unserer Sicht echtes Konsolidierungspotenzial?

Wenn wir ehrlich konsolidieren wollen, dann müssen wir über folgende Bereiche sprechen: Projektförderungen ohne Rechtsanspruch, Modellprogramme, externe Beratungs- und Konzeptvergaben, Image- und Zertifizierungsprojekte, Öffentlichkeitsarbeit über das notwendige Maß hinaus, Netzwerk- und Beteiligungsformate, Querschnittsstellen ohne klaren Pflichtbezug. Das dürfen keine Tabuthemen sein. Das sind die einzigen echten Steuerungsbereiche, die wir noch haben. Wer dort nicht ansetzt, betreibt keine Konsolidierung – sondern verwaltet Defizite.

Bei Investitionen fordern wir: Priorisierung statt Symbolpolitik

35 Millionen Euro neue Kredite bedeuten: steigende Zinslasten, höhere Umlageperspektiven, geringere Spielräume in den Folgejahren. Nicht jede Investition ist alternativlos. Aus unserer Sicht bedeutet Priorisierung: Pflicht vor Prestige.

Substanz vor Symbolik. Sicherheit vor Selbstdarstellung. Modernisierung darf kein Synonym für Verschuldung sein.

Und auch das gehört zur Wahrheit, z. B. die Kreisumlage

Wenn Städte und Gemeinden ihre Grundsteuer erhöhen müssen, wenn Gewerbesteuern steigen, wenn Kindergartenbeiträge angepasst werden, dann hängt das auch damit zusammen, dass sich der Kreis über die Kreisumlage der Städte und Gemeinden finanziert. Wie sagte Herr Hövelmann, Bürgermeister von Dülmen letzte Woche: Das Defizit der Stadt Dülmen i.H.v. 16,5 Mio. € besteht zu fast 95 % aus der Kreisumlage. Alles greift ineinander. Und am Ende zahlt immer derselbe: Der Bürger. Der Mittelstand. Der Unternehmer. Der Arbeitnehmer. Die Leistungsträger der Gesellschaft, die Steuerzahler.

Und wir müssen uns fragen: Sind wir diesem Personenkreis gegenüber wirklich ehrlich genug?

Haushaltsdisziplin heißt, sich unbeliebt zu machen: Konsolidierung ist kein Applausprogramm. Sie bedeutet: Prioritäten setzen, Verzicht organisieren, Begehrlichkeiten begrenzen

Aber genau DAS ist politische Verantwortung. Solange freiwillige Programme ungekürzt weiterlaufen, während gleichzeitig Schulden aufgenommen werden, senden wir ein fatales Signal: Politik gönnt sich Spielräume – und erklärt den Bürgern Sparzwang und Gebührenerhöhung.

Und gleichzeitig wächst ein Geflecht aus:

Fördervereinen, Projektträgern, NGOs, Beratungsstrukturen, Netzwerkformaten

Viele davon leben aus und von öffentlichen Mitteln. Und sie sind es, die sich selbstverständlich zuerst melden, wenn Kürzungen im Raum stehen. Das ist menschlich – aber es ist nicht haushaltsneutral. Das ist weder vermittelbar noch generationengerecht.

Und zum Schluss lassen Sie mich noch einmal sagen: Respekt vor der Verwaltung. Respekt vor der geleisteten Arbeit. Aber Respekt vor Zahlen bedeutet auch, ihre Konsequenzen ernst zu nehmen.

Nicht jeder gute Gedanke ist Aufgabe des Kreises. Nicht jedes politische Anliegen ist haushalts-relevant. Nicht jede Initiative ist dauerhaft finanzierbar. Wir stehen vor einer Richtungsentscheidung: Wollen wir, als Kreis, unsere Pflichtaufgaben solide und generationengerecht finanzieren – oder wollen wir immer neue Projekte erfinden und diese auf Pump betreiben?

Für diesen Haushalt 2026 können wir als AfD faktisch nichts mehr verändern. Er ist eingebracht. Er ist vorbereitet. Er ist strukturell gebunden. Wir können nur mahnen. Wir können nur anregen. Wir können nur aufzeigen. Aber seien Sie versichert: In den kommenden fünf Jahren unserer Kreistagszugehörigkeit werden wir konsequent auf die Priorisierung von Pflichtaufgaben, Reduzierung freiwilliger Leistungen und einen strukturell ausgeglichenen Haushalt hinwirken.

Vielleicht kommt es Ihnen manchmal populistisch vor, aber wir werden nie destruktiv - dafür aber besonders konsequent sein.

Für Maß und Mitte. Für Generationengerechtigkeit. Für die Entlastung der Steuerzahler.

Vielen Dank.